



WAHLPROGRAMMCHECK

STEUERN

Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl. In unserer Reihe "Wahlprogrammcheck" schauen wir uns die Programme zu den für uns relevanten Themen Steuern, Altersvorsorge und Wettbewerbsfähigkeit an. Hier zum wichtigen Thema Steuern.

Problem

Die Ampel ist an der Aufstellung eines Haushalts gescheitert. Die Frage, wie der Bundeshaushalt 2025 und in Zukunft finanziert werden soll, spielt auch in den Wahlprogrammen eine Rolle. Wie erreichen wir wieder Wirtschaftswachstum? Durch Subventionen, Investitionen auf Pump, weitere neue Schulden und Steuererhöhungen oder durch Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, durch eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast? Welchen Weg schlägt Deutschland nach der Bundestagswahl ein? Die Steuerpolitik spielt für diese Frage eine entscheidende Rolle.

Neben der volkswirtschaftlichen Grundsatzfrage einer möglichen Reform der Schuldenbremse interessiert uns, welche Angebote die Parteien an Sparer und Kleinanleger machen. In Zukunft werden immer mehr Bürger auf eine zusätzliche Altersversorgung angewiesen sein (vgl. Wahlprogrammcheck Altersvorsorge). Die Parteien stehen vor der Frage, wie der Staat die private Vermögensbildung in Zukunft besser fördern kann. Wie kann die in Deutschland im internationalen Vergleich gering ausgeprägte Anlage in Aktien und Aktienfonds durch steuerrechtliche Änderungen gefördert und so für Privatanleger attraktiver gemacht werden?

Was planen die Parteien?

Das Thema Steuern hat in den Wahlprogrammen aller Parteien einen hohen Stellenwert. BSW, Grüne und SPD setzen auf Steuererhöhungen, um beispielsweise Haushaltslöcher zu stopfen, Subventionen für einzelne Branchen zu ermöglichen oder „zur Finanzierung der Investitionen zur klimaneutralen Erneuerung“ (Grüne). Die drei Parteien fordern die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und wollen eine Vermögensteuer einführen. Das BSW verlangt zusätzlich noch eine Vermögensabgabe für so genannte Superreiche. Die SPD will eine international koordinierte Mindeststeuer für Superreiche einführen.

CDU/CSU und FDP setzen auf steuerliche Entlastungen und erhoffen sich davon wirtschaftliches Wachstum. Sie lehnen Steuererhöhungen generell ab und sind gegen eine Vermögensteuer. Außerdem wollen sie, dass der Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer erst bei höheren Einkommen greift als bisher. BSW, Grüne und SPD wollen an den bestehenden Belastungen von Kapitalerträgen durch den Solidaritätszuschlag festhalten. Sie wollen Einkommen aus Kapital über den Einkommensteuertarif besteuern. Die Grünen wollen außerdem Sozialabgaben auf Kapitalerträge erheben. AfD, CDU/CSU und FDP wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen. AfD und FDP wollen den Sparerpauschbetrag erhöhen. Die FDP möchte, dass Sparer einen nicht ausgeschöpften Sparerpauschbetrag in den nachfolgenden Jahren nutzen können. Verlustverrechnungsbeschränkungen in der Abgeltungsteuer will die FDP abschaffen.

CDU/CSU wollen vermögenswirksame Leistungen

attraktiver machen. Sie wollen dafür einen Freibetrag für Erträge aus vermögenswirksamen Leistungen einführen. Um Anreize für langfristiges Sparen zu setzen, soll die Haltefrist auf zehn Jahre verlängert werden. Der Freibetrag soll für jedes Jahr, für das zusätzlich gespart wird, steigen.

Grüne und SPD sind für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer - möglichst im europäischen Kontext. Die FDP plädiert für die Zulassung von Krypto-ETFs, und die AfD setzt sich für die Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung von Bitcoin-Transaktionen ein.

Immobilien

Die SPD will die Spekulationsfrist für Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien abschaffen. Das BSW möchte dieses Privileg auf selbstgenutzten Wohnraum begrenzen und fordert einen bundesweiten Mietendeckel. Die Grünen wollen Share Deals abschaffen und das Vorkaufsrecht für Kommunen stärken.

Zur Förderung von Wohneigentum wollen CDU/CSU und FDP natürlichen Personen höhere Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum einräumen. CDU/CSU planen hier 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind. Die FDP will einen pauschalen Freibetrag von 500.000 Euro gewähren. Dieser Freibetrag soll wiederauffüllbar sein, damit er bei einem Verkauf für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung steht. Außerdem will die FDP die Spekulationsteuer beim Verkauf selbstgenutzter Immobilien abschaffen und befürwortet den steuerfreien Verkauf einer Immobilie an die eigenen Mieter innerhalb der Spekulationsfrist. Die AfD will den Erwerb von Wohneigentum unter anderem durch die Abschaffung der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Immobilien zur Eigennutzung erleichtern. CDU/CSU wollen, dass Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig sind.

Bewertung

Die Vorschläge von BSW, Grünen und SPD auf der einen Seite und AfD, CDU/CSU und FDP auf der anderen Seite unterscheiden sich stark. Die größten inhaltlichen Schnittmengen beobachten wir bei FDP und CDU/CSU sowie bei SPD und Grünen. Das BSW hat ähnliche Vorschläge, fällt aber mit besonderen

Forderungen auf. Gleiches gilt für die AfD, die ansonsten die größten Schnittmengen mit CDU/CSU und FDP hat.

Unabhängig vom Ergebnis der Wahl und welche Koalition sich bildet, dürfte die Frage nach der Zukunft des Solidaritätszuschlages, der Abgeltungsteuer und der Share Deals in der nächsten Legislaturperiode auf der Tagesordnung stehen. Mit Blick auf die steuerliche Förderung von privater Vermögensbildung und die Stärkung der Aktienkultur sind die Wahlprogramme fast aller Parteien enttäuschend. BSW, Grüne und SPD beschäftigen sich in ihren Programmen überhaupt nicht mit diesen Themen. Die wenigen Vorschläge von CDU/CSU und FDP sind in Ansätzen positiv, aber nicht ambitioniert.

Die Stärkung von vermögenswirksamen Leistungen ist ein erster Schritt zur steuerlichen Förderung von Vermögensaufbau. Die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages ist überfällig und könnte sehr bald sogar verfassungsrechtlich geboten sein. Attraktive Angebote für Sparer und Kleinanleger konnten wir in keinem der Programme finden.

Forderung an den Koalitionsvertrag

Wir fordern, den privaten Vermögensaufbau steuerlich stärker zu fördern. Die nächste Bundesregierung sollte die regulatorischen Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Deutschland und für Anleger verbessern, damit mehr privates Kapital für Investitionen in Deutschland mobilisiert werden kann. Dem klassischen Wahlversprechen eines Bürokratieabbaus müssen endlich Taten folgen.

BVI-Forderungen:

- VL-Sparen attraktiver ausgestalten.
- Abgeltungsteuersystem erhalten.
- Keine Finanztransaktionsteuer.
- Investitionen in Infrastruktur und Start-Ups ermöglichen.
- Bürokratie in der Besteuerung von Spezial-Investmentfonds abbauen.
- Asset-Management-Standort Deutschland stärken
- Solidaritätszuschlag ganz abschaffen.